

Einleitung

Kristina Dietz / Stefan Peters

Der Beginn des Jahres 2022 steht in Lateinamerika auch weiterhin unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Nahezu zwei Jahre nach dem Auftreten der ersten Fälle von Covid-19 auf dem Subkontinent hat das Virus die Region weiter fest im Griff und tiefe Einschnitte hinterlassen. Bis Anfang Oktober 2021 sind nach offiziellen Angaben mehr als 1,2 Millionen Menschen im Zusammenhang mit Covid-19 gestorben. Rund 45 Millionen Menschen haben sich nachweislich mit Covid-19 in Lateinamerika infiziert (Stand 1.10.2021), fast die Hälfte davon in Brasilien. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, da bei weitem nicht alle Fälle diagnostiziert werden. Doch auch unter Rückgriff auf die offiziellen Zahlen ist Lateinamerika stark von der Pandemie betroffen und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Relativ hohe Impfquoten in Uruguay (74,6 Prozent mit vollständiger Impfung), Chile (74) sowie in Ecuador (55,8), Kuba (55,1) und El Salvador (54,9) stehen im Kontrast zu Ländern mit geringen Zahlen an verabreichten Impfungen, etwa Venezuela (21,6), Guatemala (15,6), Nicaragua (4,9) und Haiti (0,22).¹ Während Kuba als einziges Land eigene Impfstoffe entwickelt und etwa nach Venezuela exportiert, folgt die Lieferung und der Bezug von Impfstoffen nicht selten geopolitischen Erwägungen der USA, Chinas und Russlands (Malacalza 2021).

Obwohl das Virus die gesamte Bevölkerung betrifft, zeigen die Auswirkungen in Lateinamerika deutlich, dass die Pandemie kein Gleichmacher ist. Sie trifft auf gesellschaftliche Strukturen, die die Pandemie für viele zur sozialen Katastrophe werden lassen, während andere sich mit den Unannehmlichkeiten von Ausgangssperren in weitläufigen Apartments oder auf ihren Fincas arrangieren können. Verwundbar gegenüber dem Virus sind mithin nicht nur alte Menschen oder jene mit Vorerkrankungen, sondern auch jene, die aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, bestehender Geschlechterordnungen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen, Stadt-Land-Dichotomien, prekärer Wohnverhältnisse, rassistischen und xenophoben Diskriminierungen oder fehlender Staatsbürgerschaft von sozialen

¹ Alle Angaben in Prozent auf Grundlage von <https://www.corona-in-zahlen.de/weltweit/>, letzter Aufruf 13.10.2021.

Sicherungssystemen ausgeschlossen sind, keine Mittel für die Einhaltung der Hygienevorschriften haben und trotz der Ansteckungsgefahr prekärer Lohnarbeit nachgehen müssen oder sich im informellen Sektor ihren Lebensunterhalt verdienen. Dies wurde mittlerweile auch empirisch auf der Basis von Mobilitätsdaten nachgewiesen (Bargain/Aminjonov 2021). Die Forschungsergebnisse zeigen, dass gerade in den Armeenvierteln die Mobilitätseinschränkungen nicht eingehalten werden konnten und sich in der Folge das Virus hier stärker verbreitete. In Kombination mit den Ungleichheiten der Prävention und der Gesundheitsversorgung kann es so kaum überraschen, dass überproportional Angehörige der „populären Klassen“ (*clases populares*), der städtischen Armenviertel, der afro-lateinamerikanischen und indigenen Bevölkerung sowie Migrant*innen an dem Virus erkrankt und gestorben sind (CEPAL 2021a; CEPAL 2021b).

Vulnerabilität ist gesellschaftlich produziert. Das gilt für die Wahrscheinlichkeit, am Virus zu erkranken oder zu sterben ebenso wie für die Möglichkeit, in Folge der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu verarmen. Die Armutsraten sind im Kontext der Corona-Krise in Lateinamerika ebenso gestiegen wie soziale Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit und der Anteil informeller Beschäftigung (siehe die Beiträge von Carosio und Weller in diesem Band). Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*, CEPAL) gibt für das Jahr 2020 einen Anstieg der Armut um 3,2 und der extremen Armut um 1,2 Prozent im Vergleich zu 2019 an. Das bedeutet, dass am Ende des ersten Jahres der Pandemie weitere 22 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze und weitere acht Millionen Menschen in extremer Armut leben (CEPAL 2021b: 15).

In Lateinamerika machen Lohneinnahmen, egal ob aus formeller oder informeller Arbeit, über 80 Prozent der Familieneinnahmen aus (OIT 2020a). Mit dem Verlust und Rückgang dieser Einnahmen aus Arbeit infolge von Lockdowns und Ausgangssperren ist der Anteil der Bevölkerung, die den unteren und mittleren Einkommensschichten angehören, auf über zwei Drittel gestiegen. Infolge hat die Einkommensungleichheit in 2020 um 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Es ist zu erwarten, dass die Schere zwischen Arm und Reich bis zum Ende des Jahres 2021 noch weiter auseinander gehen wird. Die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO) ging für das Jahr 2020 von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 10,6 Prozent aus und erwartet, dass diese bis Ende 2021 weiter steigt (OIT 2020b).

Die sich in der Pandemie zuspitzende soziale Krise ist eng verbunden mit einem historischen Wirtschaftseinbruch als Folge der globalen Rezession und des damit verbundenen Rückgangs des Welthandels, der Nach-

frage für bestimmte Exportprodukte der Region sowie der Umsetzung von Maßnahmen zur Viruseindämmung. Dieser Wirtschaftseinbruch traf auf eine Region, die sich bereits im Krisenmodus befand. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 stagnierte die lateinamerikanische Wirtschaft auch auf Grund des Einbruchs der Preise vieler Rohstoffe auf dem Weltmarkt. Die pro-Kopf Wirtschaftsleistung war sogar leicht rückläufig (Malacalza 2021: 30). Diese Krise verschärft sich durch die Pandemie drastisch. Laut Angaben der CEPAL schrumpfte das BIP in Lateinamerika im Jahr 2020 um 6,8 und das pro-Kopf BIP sogar um 7,7 Prozent. Besonders stark war der Wirtschaftseinbruch nicht nur im krisengebeutelten Venezuela (-30 Prozent) sondern auch in Panama (-17,9), Peru (-11,1) und Kuba (-10,9). Im Gegensatz dazu fällt die wirtschaftliche Rezession in Paraguay mit (-0,6), Guatemala (-1,5) und Nicaragua (-2,0)² aus verschiedenen Gründen vergleichsweise gering aus (CEPAL 2021c: 235ff.).³ Besonders stark von der Wirtschaftskrise sind die Länder betroffen, die vom Welthandel oder dem Tourismus abhängen und/oder sehr strikte Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens umgesetzt haben. Gleichzeitig kletterten die Preise für Rohstoffe nach einem heftigen Einbruch zu Beginn der Pandemie mit der Erholung der Weltwirtschaft erneut auf Vorkrisenniveau und darüber hinaus.⁴ Insgesamt zeichnet sich eine erhöhte Nachfrage für jene Rohstoffe ab, die für einen ökologischen Umbau von Verkehrs- und Energiesysteme benötigt werden, z.B. Lithium und Kupfer. Dadurch ist ein erneuter Rohstoffboom sowie die Ausweitung und Intensivierung des Extraktionsmodells in Lateinamerika zu erwarten (Dietz 2021). Auch die Rücküberweisungen von Migrant*innen erholten sich nach einem starken Einbruch im zweiten Quartal des Jahres 2020 vergleichsweise schnell und erreichten in den meisten Ländern der Region mindestens das Niveau von 2019 (CEPAL 2021c: 245). Dabei ist allerdings zu beachten, dass als Folge der Reise- und Mobilitätsbeschränkungen der Anteil der registrierten Rücküberweisungen in der Pandemie zugenommen hat und somit vermutlich doch ein leichter Rückgang der Gesamteinnahmen aus den Rücküberweisungen angenommen werden muss (Dinarte et al. 2021). Für 2021 und 2022 wird mit einer langsamen Erholung gerechnet. Dessen

2 Alle Angaben in Prozent.

3 Guayana erzielte gar ein hohes Wachstum (43,5 %) als Folge des Beginns der Erdölförderung in dem englischsprachigen Karibikanrainer, verfehlte jedoch jedoch das anvisierte Wirtschaftswachstum von über 80 % (CEPAL 2021c: 237; <https://flagship.s.iadb.org/en/caribbean-region-quarterly-bulletin-2020-q1/guyana>).

4 Daten auf der Basis von <https://www.imf.org/en/Research/commodity-prices>, letzter Aufruf 15.10.2021.

ungeachtet ist die Wirtschaftskraft der Region weiterhin unterhalb des Niveaus vor Beginn der Pandemie. Zudem steigt die Inflation in der Region und einige Länder, wie etwa Kolumbien verzeichnen eine starke Zunahme der Verschuldung (Kaiser/Rehbein 2021: 14).

Je nach Klassenlage und formellen oder informellen Beschäftigungsverhältnissen trifft der makroökonomische Kollaps Arbeiter*innen unterschiedlich. Neben den formellen Beschäftigten sind besonders die 160 Millionen Menschen von der Pandemie und den Corona-Maßnahmen betroffen, die im informellen Sektor tätig sind. Das sind über die Hälfte aller Beschäftigten in Lateinamerika. Die ILO geht von einem Rückgang der Einnahmen aus informeller Arbeit in der Region um 80 Prozent aus (OIT 2020a). Von einem Verlust informeller Arbeit sind aufgrund strukturell und geschlechtsspezifisch ungleicher Arbeitsteilungen nicht alle gleichermaßen betroffen, sondern überproportional Frauen und junge Menschen mit niedrigem Bildungsstand. 78 Prozent aller Frauen in Lateinamerika arbeiten im informellen Sektor, sind selbstständig oder im Dienstleistungssektor tätig. Fast Dreiviertel aller im Gesundheitswesen und Pflegesektor (formell und informell) Tätigen sind Frauen. Sie verdienen im Schnitt 25 Prozent weniger als Männer und tragen gleichzeitig aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ein deutlich höheres Ansteckungsrisiko (UN 2020: 14f). Hinzukommt, dass sie in einer Region, in der die Sorgearbeit stark feminisiert ist, durch pandemiebedingte Maßnahmen wie Schulschließungen überproportional von zusätzlicher Sorgearbeit betroffen sind.

Ähnlich wie im informellen Sektor hat die Corona-Pandemie die bereits vorher angespannte Situation auch im Bildungssektor verschärft. Dabei gilt Bildung als zentrales Instrument zur mittel- und langfristigen Bearbeitung der sozialen Frage sowie zur Förderung sozialer Aufwärtsmobilität. Doch auch und gerade in Lateinamerika wird dieses Versprechen der Bildung kaum eingelöst. Im Gegenteil: Bildung reproduziert meist vorhandene soziale Ungleichheiten (Peters 2013). Dieser Befund hat sich in der Corona-Pandemie nochmals bestätigt. In fast allen Ländern der Region wurden Schulen und Universitäten geschlossen. Die Schulschließungen wurden in Lateinamerika auch im regionalen Vergleich lange aufrechterhalten. In der Konsequenz lernten Schüler*innen von zu Hause, vielfach mittels virtueller Formate. Einige Länder profitierten hier von bereits vor der Pandemie eingeführten Programmen zur Förderung der Digitalisierung der Schulbildung. Dies betrifft insbesondere Argentinien mit dem Programm *Conectar Igualdad* und Uruguay mit dem *Plan Ceibal* (Peters 2013: 290ff.; Benítez et al. 2015). Diese Erfahrungen erleichterten die Umstellung auf virtuelle Formate dank der breiten Verfügbarkeit

von Endgeräten und den Erfahrungen mit digitalen Lehr- und Lernformaten. Insgesamt hat die Umstellung auf *Homeschooling* die bereits vorher eklatanten Bildungsungleichheiten bezüglich der Lernergebnisse weiter erhöht (Neidhöfer/Lustig/Tommasi 2021). Gerade die bereits marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den urbanen Armenvierteln oder auf dem Land verfügen in der Regel weder über die notwendigen Endgeräte noch über stabile Internetverbindungen und gerade prekäre Wohnverhältnisse erschweren das Lernen von zu Hause und die allgemeine Wirtschaftskrise steigert den Druck auf die vorzeitige Beendigung der Schulzeit gerade in armen Haushalten (CEPAL/UNESCO 2020). Sowohl die Politik als auch viele Lehrkräfte reagierten auf die besonderen Herausforderungen mit einer Vielzahl von innovativen Ansätzen zur Bearbeitung der Krise. So wurden in den meisten Ländern Bildungsinhalte auch über das Fernsehen und Radio verbreitet (CEPAL 2020: 3), um auf diese Weise den Schüler*innen niedrigschwellige Lehrangebote zu unterbreiten, während viele Lehrer*innen ihre Schüler*innen mittels WhatsApp oder Hausbesuchen mit Unterrichtsmaterialien versorgten. Allerdings ist die Schule weit aus mehr als ‚nur‘ ein Lernort. Sie dient ebenfalls der Sozialisation mit Gleichaltrigen und übernimmt gerade für die vulnerable Bevölkerung in der Regel eine Reihe von sozialen Aufgaben von der Schulspeisung, über Gesundheitsvorsorge bis hin zu Aufgaben der Sozialen Arbeit oder der psychologischen Unterstützung, die in der Pandemie bestenfalls – wie im Fall der Schulspeisungen – unzulänglich kompensiert werden konnten.

Mit der Pandemie sind lateinamerikanische Gesellschaften ärmer und noch ungleicher geworden als sie es ohnehin schon waren. Die soziale Frage ist wieder ganz oben auf der politischen Agenda angekommen. Der Rückgang von Ungleichheit und Armut ab 2002 kehrte sich schon ab 2014 um, die Pandemie beschleunigt diese Tendenz (CEPAL 2021b). Der wachsende Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, von Arbeit und Einkommen, vom Zugang zu sozialer Sicherung und Bildung und von Optionen auf eine „bessere“ Zukunft in Kombination mit einer regressiven Steuerpolitik, die überproportional die unteren Einkommensschichten über indirekte Steuern belastet, führt vielerorts zu wachsenden sozialen Spannungen und Konflikten. In Kolumbien hat eine heterogene soziale Bewegung, angeführt von bis dato nicht organisierten Jugendlichen aus den städtischen Armenvierteln in 2021 über Monate das Land bestreikt und mehr soziale Teilhabe gefordert. Die repressiven und brutalen Reaktionen der Regierung, der staatlichen Sicherheitsapparate und rechter Milizen hat den Protest nur noch weiter angeheizt (siehe den Beitrag von Rojas in diesem Band).

Neben gesellschaftlichem Ausschluss und Gewalt ist Hunger und der fehlende Zugang zu Nahrungsmitteln ein zentraler Treiber für Proteste. In einem Interview mit der kolumbianischen Onlinezeitung *publimetro* vom 04. Oktober 2021 erklärte die Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin und kolumbianische Präsidentschaftskandidaten Francia Márquez, „Frieden lässt sich nicht mit Hunger erreichen“ (Suárez 2021). In Lateinamerika haben Hunger und Ernährungskrisen seit dem Ausbruch der Pandemie zugenommen, vor allem in jenen Ländern in denen die Versorgungslage bereits vorher kritisch war: in Venezuela, Haiti sowie in einigen Ländern Zentralamerikas und der Andenregionen (FAO/WFP 2020). Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass sich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie weltweit die Zahl der Menschen, die von Hunger betroffen sein werden, verdoppeln wird (Anthem 2020). Die Ursache von Hunger ist auch in der Pandemie nicht Nahrungsmittelknappheit, sondern Verteilung. Knapp ein Viertel der weltweiten Agrar- und Fischereiexporte stammen aus Lateinamerika (FIAN 2021). In der Pandemie wurden Bauernmärkte geschlossen und der Transport von Nahrungsmitteln vom Land in die Städte unterbrochen. Gleichzeitig erhöhten Regierungen, die ökonomisch vom Export industrieller Agrargüter abhängen, die Ausfuhren, sobald der globale Warenhandel wieder angelaufen war. Beispiele sind Brasilien, Argentinien und Ecuador (FIA 2021; Gras/Hernández 2021; Rose 2021). Statt die Agrarproduktion in der Krise stärker auf die Ernährungssicherung der eigenen Bevölkerung zu richten, stärken die Regierungen exportorientierter Volkswirtschaften zusammen mit mächtigen Akteuren des Agrarbusiness deren Integration in die globalen Agrarmärkte. Eine Folge dieses „Agrarextraktivismus“ (McKay 2017) in Lateinamerika ist neben der wachsenden Ernährungsunsicherheit auch die Ausweitung von Monokulturen, die Abholzung von Primärwäldern und die zunehmende Zerstörung von Lebensräumen für wildlebende Tierarten.

Auf den Zusammenhang zwischen der Ausweitung exportorientierter industrieller Landwirtschaft und ökologischen Zerstörungen verweisen Erklärungen über den Ursprung der Corona-Pandemie (Akram-Lodhi 2021; Wallace 2016; Wallace 2020; Burchardt 2021). Covid-19 ist eine zoonotische Krankheit. Zoonotische Krankheiten sind bakterielle und Virusinfektionen, die von Tieren ausgehen und auf Menschen übertragen werden. Im Fall von Covid-19 ist es wahrscheinlich, dass der Virus von Schuppen-tieren und/oder Fledermäusen übertragen wurde. Die Übertragung von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen ist nicht neu. Sie ist so alt wie die sesshafte Landwirtschaft. Was neu ist, ist die Geschwindigkeit in der es zur Übertragung neuer Krankheitserreger von Tieren zu Menschen

kommt und diese neuen Krankheiten im Kontext einer globalisierten Welt Pandemiestatus erreichen. Seit 2000 hat es drei Pandemien gegeben: das Atemwegsyndrom (SARS), die Schweinegrippe und Covid-19 (Akram-Lodhi 2021). In Lateinamerika hat sich die agrarindustrielle Produktion in den letzten Jahrzehnten massiv ausgeweitet. In Argentinien ist die Fläche, auf der Soja für den Export angebaut wird von fünf Millionen Hektar im Jahr 1990 auf fast 50 Millionen Hektar im Jahr 2014 angestiegen. In Brasilien wurde im Jahr 2014 auf 26 Millionen Hektar Land Soja angebaut (Bianchi/Szpak 2017). Den Monokulturen fallen Wälder und Feuchtgebiete zum Opfer, die Lebensräume für jene Tiere bieten, die potenzielle Wirte zoonotischer Erreger sind. Mit der Ausweitung des agrarindustriellen Exportmodells werden in Lateinamerika die Grundlagen für die Entstehung neuer Pandemien gelegt.

Corona in Lateinamerika – Die Beiträge des Sammelbandes

Der vorliegende Band widmet sich den Folgen der Corona-Pandemie und den pandemiebezogenen politischen Maßnahmen in Lateinamerika und der Karibik. Die Beiträge betrachten gesellschaftliche, geschlechtsspezifische, politische, menschen- und arbeitsrechtliche sowie ökologische Folgen der Pandemie. Sie gehen auf die Folgen der Pandemie für soziale Ungleichheiten, Geschlechterverhältnisse, Gewalt gegen Frauen, Migration, Demokratie, Menschenrechte, Arbeit, die Mobilisierung von Protest und Umweltpolitik ein. Die Beiträge nehmen entweder eine regionale Perspektive ein ohne zu verallgemeinern oder analysieren die Bedeutung der Pandemie im Kontext länderspezifischer Entwicklungen, etwa des zunehmend autoritären Regierungsstils der nicaraguanischen Regierung oder der Proteste in Kolumbien. Diese Kontextbedingungen lassen sich weder alleine durch die Pandemie erklären noch haben sie sich ausschließlich durch die Pandemie verschärft, sie beeinflussen aber die gesellschaftlichen, sozio-ökonomischen und sozial-ökologischen Wirkungen der Pandemie. Die Artikel bieten Erklärungen dafür, warum Regierungen in manchen Ländern der Region gemeinsam mit einer Vielzahl nicht-staatlicher Akteure die Risiken der Pandemie leugnen und all jene sowohl politisch als auch zum Teil direkt angreifen, die sich für Hygienemaßnahmen und den Schutz des Lebens einsetzen. Sie diskutieren, welche gesellschaftlichen und politischen Lehren sich aus den Pandemieerfahrungen in Lateinamerika Ende 2021 ziehen lassen, zu einem Zeitpunkt an dem die Region weit von einer postpandemischen Ära entfernt ist.

Der erste Teil des Buches analysiert die Corona-Pandemie und coronabedingte Maßnahmen aus der Perspektive sozialer Ungleichheiten. Den Auftakt macht *Christine Schulte* mit einem Überblick für das Pandemiegeschehen in der Region. Sie präsentiert Zahlen zu Infektionen, zur Anzahl der im Zusammenhang mit Covid-19 Verstorbenen und zur Letalität. Nachfolgend diskutiert sie, wie sich die besondere Verwundbarkeit der lateinamerikanischen Gesellschaften gegenüber der Pandemie erklären lässt. Ihre Antwort lautet: soziale Ungleichheiten. Anhand der Ungleichheitsdimensionen Einkommen, Ethnizität, Alter und Geschlecht erläutert sie, wie diese im Kontext der Pandemie zu Risikofaktoren für eine Ansteckung, einen tödlichen Krankheitsverlauf, Verarmung und zukünftige soziale Benachteiligung werden. Der Beitrag verdeutlicht eindrücklich anhand einer Vielzahl von aktuellen Zahlen, dass die Verwundbarkeit gegenüber Covid-19 gesellschaftlich produziert ist.

An diese umfassende Betrachtung knüpft der Beitrag von *Alba Carosio* an. Sie diskutiert die sozialen Folgen der Pandemie aus einer mehrdimensionalen Ungleichheitsperspektive. Dabei ruft sie in Erinnerung, dass die extremen sozialen Ungleichheiten und die prekären Lebensverhältnisse breiter Teile der Bevölkerung bereits vor der Pandemie ein zentrales Strukturmerkmal der lateinamerikanischen Gesellschaften waren, sich aber im Kontext von Covid-19 nochmals deutlich verschärft haben. Carosio geht in ihrem Artikel auch auf verschiedene sozialpolitische Maßnahmen der Regierungen Argentiniens, Brasiliens, Ecuadors und Mexikos zur Eindämmung der Krise ein und diskutiert diese mit Blick auf ihre Möglichkeiten zur Abfederung der Krise. Abschließend spricht sich die Autorin dafür aus, die lateinamerikanischen Eliten stärker für die Finanzierung der Krise in die Pflicht zu nehmen und auf diese Weise auch die Ungleichheiten abzubauen.

Als nächstes untersucht *Jürgen Weller* die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die lateinamerikanischen Arbeitsmärkte. Er analysiert umfangreiches und aktuelles Datenmaterial und dokumentiert auf diese Weise die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und die besonders prekäre Situation der Menschen im informellen Sektor. Diese Tendenzen haben zu einem Anstieg der ohnehin eklatanten Ungleichheiten beigetragen, die durch die aktuelle Erholung auf dem Arbeitsmarkt nicht kompensiert werden können. Zudem analysiert Weller in seinem Beitrag die Beschleunigung der Veränderungen der Arbeit mit Blick auf Digitalisierung und Telearbeit.

Im folgenden Beitrag gibt *Caroline Kim* einen Einblick in die feministischen Debatten um die Corona-Krise in Lateinamerika und nimmt deren Folgen aus Geschlechterperspektive in den Blick. Feministische Perspektiven auf Leben und Sorge unterstreichen die Interdependenzen

zwischen der pandemiebedingten Krise, der Krise der Sorgearbeit und der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Im Zentrum dieser Debatten steht der Widerspruch zwischen Kapital und Leben. Dieser manifestiert sich auch in einer exklusiven, kommodifzierten Gesundheitsversorgung auf der einen und hohen Todeszahlen durch das Coronavirus sowie der Überausbeutung migrantischer und geschlechtlicher (Sorge-)Arbeit auf der anderen Seite. Kim betont die Position von Feministinnen, dass für die Kapitalakkumulation und die privilegierten Leben einiger, die Leben anderer und natürliche Ressourcen bis zur Erschöpfung geplündert werden. Dies war bereits vor der Pandemie so und hat sich mit ihr verstärkt. In der Pandemie zeigt sich die gesellschaftliche Abhängigkeit von Sorge, ihre Relevanz für das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des kapitalistischen Systems. Sorge und reproduktive Arbeit sind in Lateinamerika, ebenso wie in anderen Weltregionen, feminisiert und meist familiarisiert. Ausgehend von diesen feministischen Perspektiven beschreibt Kim, wie die Gefahr der Ansteckung mit dem Virus höchst ungleich in den lateinamerikanischen Gesellschaften verteilt ist. Entscheidende Merkmale der Ungleichheit sind Geschlecht und Geschlechterrollen, Klassenpositionen, Arbeitsbedingungen, die gesellschaftliche Nicht-Anerkennung der Sorgearbeit als geteilte Arbeit, Vermögensverteilung, Wohnsituation und soziale Sicherung. So sind es vor allem Frauen der unteren Einkommensschichten, die von der Mehrfachbelastung im Bereich der Sorgearbeit durch die Corona-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung betroffen sind. Es sind Frauen, die im Gesundheitssystem die niedrig bezahlten Sogetätigkeiten übernehmen und die in den vom Lockdown besonders betroffenen Sektoren wie Tourismus, Gastronomie oder Hotelgewerbe überproportional beschäftigt sind. Kim zeigt anhand dieser Analysen, dass die Pandemie mit einer wachsenden Feminisierung der Armut einhergeht. Abschließend argumentiert die Autorin, dass in der Krise aber auch Ansätze zu ihrer Überwindung sichtbar geworden sind. Hierfür verweist sie auf Ideen und Praktiken rund um die kollektive Reorganisation von Sorge, die als soziale Transformationsstrategie Zukunftspotenzial hätten.

Mit dem Beitrag von *Hans-Jürgen Burchardt* schließen wir den Teil zum Zusammenhang von sozialen Ungleichheiten und der Corona-Pandemie in Lateinamerika ab. Der Autor unterstreicht ebenfalls, dass die Ursachen der besonderen Betroffenheit der Region von der Pandemie in den historisch verankerten strukturellen Ungleichheiten, einer defizitären öffentlichen Gesundheitsversorgung, der mangelnden sozialen Absicherung und einem hohen Grad informeller Beschäftigung liegen. Die Folgen einer Pandemie, die auf einen solchen Kontext trifft, sind eine hohe Verwundbarkeit sozial benachteiligter und marginalisierter Gruppen sowie der

Anstieg von Armut und Ungleichheiten. Beides wird die Gesellschaften Lateinamerikas in der nahen Zukunft und weit über eine mögliche Eindämmung der Pandemie hinaus prägen. Aufbauend auf diesen Beobachtungen formuliert *Burchardt* im zweiten Teil seines Beitrags Empfehlungen und Ansatzpunkte zur Überwindung der Corona-Krise und zur Stärkung der Region vor den Folgen weiterer Krisen, etwa der Klimakrise. In seiner zentralen Empfehlung erläutert er die Notwendigkeit eines massiven Abbaus sozialer Ungleichheiten. Hierfür identifiziert er drei Bereiche politischer Intervention und Ansatzpunkte: 1) die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Sinne eines bedingungslosen Universalismus; 2) die radikale Reduzierung informeller Arbeit, die Ausweitung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen insgesamt; 3) eine faire Umverteilung des Reichtums durch die stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen.

Im nächsten Abschnitt widmet sich das Buch Fragen politischer und kultureller Bedeutungen der Pandemie in Lateinamerika. Hierzu zählen Verschwörungsmythen, die Leugnung der Pandemie und Repressionen. Den Auftakt zu diesem Teil macht *Patrick Eser* mit einer Analyse von Verschwörungsmythen und -phantasien von Corona-Leugner*innen in Brasilien und Argentinien. Er zeigt aus kulturwissenschaftlicher Perspektive wie diese Mythen und Phantasien in einer Kontinuität mit chauvinistischen, antisemitischen, religiösen und rassistischen Weltbildern der neuen Rechten in Lateinamerika stehen und analysiert zudem die Tabubrüche und Mobilisierungsstrategien der Corona-Leugner*innen in Lateinamerika. Zudem fragt der Artikel, inwiefern sich in der aktuellen Situation in Lateinamerika eine neue Bewegungskultur der politischen Rechten herausbildet und etabliert.

Der Leugnung der Pandemie widmet sich auch der Beitrag von *Moritz Krawinkel* zur Corona-Politik der nicaraguanischen Regierung von Präsident Daniel Ortega und der Vizepräsidentin und Ehefrau Rosaria Murrillo. Den Titel des Beitrags – „Liebe in Zeiten von Covid-19“ – hat er bewusst gewählt. Dieser drückt quasi das pandemiebezogene Regierungsprogramm von Ortega und Murrillo aus. Unter diesem Slogan rief die Regierung Mitte März 2020 zu einer Großdemonstration auf. Statt sich dem Hass der Opposition zu beugen, die Angst und Panik schüre, stehe die Regierung für die Liebe in harten Zeiten. Krawinkel beschreibt, worin sich die Liebe der Regierung zur Bevölkerung eines der ärmsten Länder Zentralamerikas zeigt: den Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen verbot die Regierung zu Beginn der Pandemie das Tragen von Masken und Schutzkleidung, Studierenden drohte die Exmatrikulation, wenn sie aus Angst vor einer Ansteckung zu Hause blieben, Familien konnten nicht ihre in den Kran-

kenhäusern „heimlich“ (offiziell gab es keine Pandemie) verstorbenen Angehörigen beerdigen. Krankenhauspersonal, das öffentlich Kritik am Kurs der Regierung übte, wurde entlassen. Seit Herbst 2020 müssen zivilgesellschaftliche Organisationen offenlegen, von wem sie welche internationale finanzielle Unterstützung erhalten, denn es könnte sich um ideologische Einmischung handeln. Das sind nur einige der Praktiken auf die Moritz Krawinkel verweist. Der in Ost- und Westdeutschland über Jahrzehnte praktizierten Nicaragua-Solidarität mit Städtepartnerschaften, Fairem Handel und Gesundheitsprogrammen sind quasi die Hände gebunden. Die Räume für einen radikalen Internationalismus verschwinden zunehmend. Krawinkel zeigt, dass sich 30 Jahre nach dem Sieg der sandinistischen Revolution über den Diktator Somoza ein Teil der sandinistischen Bewegung von damals, nämlich eine Gruppe um Daniel Ortega und Rosario Murrillo in der Pandemie und bereits vor ihrem Ausbruch, jener diktatorischen Mittel bedient, die sie als revolutionäre Bewegung bekämpft hat. Dabei schrecken sie auch nicht davor zurück, ehemalige Mitstreiter*innen der Revolution unter fadenscheinigen Gründen zu inhaftieren. Krawinkel richtet den Blick aber nicht nur auf den Umgang der Regierung mit der Pandemie, sondern zeigt auch, wie zivilgesellschaftliche Initiativen versuchen, die Aufklärung über das Virus und die Eindämmung der Pandemie selbst in die Hand zu nehmen. Nicht-staatliche Netzwerke organisieren ein eigenes Corona-Monitoring und leisten Aufklärungsarbeit, die Menschen halten von sich aus Abstand: Seuchenbekämpfen von unten unter den Bedingungen des politisch und sozio-ökonomisch Möglichen. Im Fazit fasst Krawinkel die schwierige Lage in Nicaragua zusammen und benennt Verantwortliche. Daniel Ortega trägt aus seiner Sicht die politische Verantwortung für den Pandemieverlauf im Land, die Regierungen der Industrieländer sind mit ihrem Festhalten am Patentschutz bei den Impfstoffen für Krawinkel für die wachsende globale Ungleichheit und Ungerechtigkeit verantwortlich. Dieser Aspekt der globalen politischen Ökonomie des Impfens gehört für ihn genauso zu einer Betrachtung der Pandemie in Lateinamerika wie die Leugnung derselben.

Mit der demokratiepolitischen Bedeutung der Corona-Pandemie und des Corona-Krisenmanagements beschäftigt sich auch der Beitrag von *Claudia Zilla*. Sie diskutiert ausgehend von einem normativ-prozeduralen Verständnis von Demokratie die Auswirkungen des politischen Umgangs mit der Corona-Krise auf die Qualität von Demokratie. Unter „politischem Umgang mit der Corona-Krise“ fasst sie jene politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die von staatlichen Akteuren unter Verweis auf die Covid-19-Pandemie begründet werden, unabhängig davon, ob sie am Ende tatsächlich dem vermeintlichen Zweck dienen. Im Zusammenhang

mit diesem politischen Corona-Krisenmanagement identifiziert sie vier Entwicklungen, die die Qualität von Demokratie in Lateinamerika unter Druck setzen: (1) Korruption und Privilegien, (2) Einschränkung des freien Informationszuganges, (3) Verschiebung von Wahlen und Restriktionen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts und (4) Freiheitsentzug, sanitärer Notstand und Ausnahmezustand. Abschließend diskutiert sie, inwiefern die Corona-Pandemie die Demokratien in Lateinamerika und der Karibik „weniger demokratisch, autoritärer oder populistischer“ gemacht hat. Ihr Fazit lautet, dass sich ein solcher Trend nicht beobachten lässt. Vielmehr identifiziert sie eine dynamische Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen – je nach Land, politischem Bereich und Zeitraum. Daraüber hinaus unterstreicht sie, dass der Corona-Virus kein Akteur ist, der politisches Handeln verantwortet. Die Pandemie prägt den Kontext, in den politisches Handeln eingebettet ist. Es ist dieser Kontext der Handlungsspielräume für einige schließt und für andere öffnet. Die Pandemie kann mithin als Brennglas verstanden werden, das die bereits bestehenden strukturellen Probleme und Demokratiedefizite deutlicher erscheinen lässt.

An diese Beobachtung schließt der Beitrag von *Axel Rojas* an, der sich den monatelangen Streiks und sozialen Protesten in Kolumbien ab Ende April 2021 widmet, einem Zeitpunkt, zu dem in Kolumbien die dritte und für viele Menschen tödliche Corona-Infektionswelle beginnt. Rojas ordnet die Proteste historisch ein und stellt heraus, dass die aktuellen Proteste vor allem von jungen Menschen aus städtischen Armutsvierteln über Monate getragen und aufrechterhalten werden. Viele argumentieren, sie hätten nichts zu verlieren, denn für sie gäbe es unter der extremen sozialen Ungleichheit in Kolumbien keine Zukunft. Staatliche und para-staatliche bewaffnete Akteure reagieren auf die Proteste mit ungewöhnlicher Härte. Viele junge Menschen sterben, viele von ihnen werden von staatlichen Gewaltakteuren erschossen, andere verschwinden. Rojas fragt in seinem Beitrag, wie sich der Mobilisierungs- und Politisierungsschub der jungen Bevölkerung in Zeiten der Pandemie erklären lässt und verweist dabei auf das Zusammenspiel von objektiven und subjektiven Faktoren. In diesem Sinne stellt er die These auf, dass sich in den aktuellen Protesten eine neue Form kulturalistischer Politisierung im urbanen Raum abzeichnet.

Mit den letzten beiden Beiträgen widmet sich der Band den Folgen der Pandemie und des politischen Umgangs mit der Pandemie in einem Land, das besonders stark von Covid-19 betroffen ist: Brasilien. Ähnlich wie in Nicaragua hat die politische Führung unter dem rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro, der seit Januar 2019 im Amt ist, die Pandemie entweder geleugnet oder die gesundheitlichen Risiken verharmlost. Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie lehnte die Regierung lange ab. Bis August

2021 sind nach offiziellen Angaben mehr als eine halbe Million Menschen im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben. Nur in den USA gab es, gemessen in absoluten Zahlen, mehr Tote. Wie sich die Pandemie und das krisenhafte Pandemie-Management der brasilianischen Regierung auf die Menschenrechte in dem Land auswirkt, ist Gegenstand des Beitrags von *Carolina Vestena*. Sie argumentiert, dass für eine Beurteilung der Menschenrechtslage in Brasilien eine Analyse des Corona-Managements der Regierung notwendig, aber nicht hinreichend ist. Darüber hinaus bedürfe es einer politischen Einordnung der Regierung Bolsonaro, die über die Pandemiepolitik hinausgeht und die politisch-strategischen und ideologischen Kennzeichen der Regierung in den Blick nimmt. Einer solchen Einordnung wendet sie sich im ersten Teil des Beitrags zu. Basierend auf Populismustheorien begreift Vestena die Regierung Bolsonaro als rechtsradikal populistisch, deren Politik von Nationalismus, Chauvinismus und der Konstruktion politischer Gegner*innen als Feinde der „Nation“ gekennzeichnet ist. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik charakterisiert sie als liberalen Wohlfahrtschauvinismus bzw. autoritären Neoliberalismus, gekennzeichnet durch Privatisierungen und staatliche Kürzungen. Letzteres betrifft vor allem das öffentliche Gesundheitssystem. Ausgehend von dieser politisch-ideologischen Einordnung der brasilianischen Regierungspolitik argumentiert Vestena, dass die Leugnung der Pandemie, die Verbreitung von Verschwörungsmythen, der Anti-Wissenschafts-Diskurs und der Einsatz von populistisch-strategischen Vereinfachungen und Gegenüberstellung von einem nationalen gesunden Menschenverstand und einer wissenschaftlichen globalen Hysterie einem zentralen Ziel diente: Chaos zu verbreiten und von der eigenen politischen Inkompetenz sowie der virulenten Wirtschaftskrise, in dem sich das Land seit Jahren befindet, abzulenken. Im zweiten Teil ihres Beitrags, zeigt Vestena anhand der Bereiche Hunger, ansteigender Gewalt und Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten in der Textil- und Agrarindustrie wie sich unter den Bedingungen der Pandemie und des zuvor beschriebenen politischen Kontexts soziale Krisen in Brasilien lebensbedrohlich zuspitzen.

Im letzten Beitrag des Buches analysiert *Andréa Zhouri*, wie anti-ökologische und anti-indigene Positionen und Politiken in der brasilianischen Gesellschaft mit der Machtübernahme Bolsonaros hegemonial werden konnten. Sie beschreibt, wie die Regierung unter dem mittlerweile zurückgetretenen Umweltminister Ricardo Salles die Pandemie für Deregulierungen und Flexibilisierung von Umweltnormen nutzte und hierüber zur Institutionalisierung einer anti-ökologischen Umweltpolitik beitrug. Zhouri zeigt aber, dass anti-ökologische und anti-indigene politische Denkweisen und Positionen keine neuen Phänomene in Brasilien sind, sondern in

Teilen des Militärs und der konservativen Eliten vor allem in der Amazonasregion historisch tief verankert sind. Während diese Positionen lange Zeit kaum mehrheitsfähig waren, erlangen sie mit der hohen Militärpräsenz in der Regierung Bolsonaros, dem Erstarken nationaler und chauvinistischer Positionen in der Gesellschaft sowie radikal-neoliberaler wirtschaftspolitischer Ansätze jetzt gesellschaftliche Legitimation. Die Autorin argumentiert aber, dass sich der Anti-Ökologismus in Brasilien nicht erst mit Bolsonaros Wahl zum Präsidenten und dem Ausbruch der Pandemie durchsetzt. Vielmehr argumentiert sie, dass dieser in den 1990er Jahren unter den Vorzeichen eines liberalen Umweltschutzes sowie unter den PT-geführten Regierungen von Lula da Silva und Rousseff in den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts langsam vorbereitet wurde und zwar mit „schleichender Gewalt“. Diese erkennt sie in der Ausweitung des Sojaanbaus und des Bergbaus auf Kosten einer konsequenten Politik der Abgrenzung und des Schutzes von indigenen und afrobrasiliianischen Gebieten sowie in der Konsolidierung des Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell in den 2000er Jahren zu Lasten ökologischer und indigener Schutzgebiete. Der zentrale Unterschied zwischen dem Anti-Ökologismus vor und während der Präsidentschaft Bolsonaros, so Zhouri, sei seine Erscheinungsform: Statt in Form schleichender Gewalt zeige er sich heute vor allem mittels direkter und offener Gewalt. Die Zunahme der ermordeten, verfolgten und bedrohten Aktivist*innen, die Verdrängung indigener Bevölkerungsgruppen und die Abholungsraten seien nur einige Beispiele hierfür.

Literatur

- Akram-Lodhi, Haroon (2021): Contemporary pathogens and the capitalist world food system, in: *Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement*, 42, 18–27.
- Anthem, Paul (2020): *Risk of hunger pandemic as coronavirus set to almost double acute hunger by end of 2020*, in: world food programme vom 16.04.2021, [<https://www.wfp.org/stories/risk-hunger-pandemic-coronavirus-set-almost-double-acute-hunger-end-2020>], letzter Aufruf 18.10.2021.
- Bargin, Olivier; Aminjonov, Ulugbek (2021): Poverty and Covid-19 in Africa and Latin America, in: *World Development*, 142, 105422.
- Benítez Larghi, Sebastián; Lemus, Magdalena; Moguillansky, Marina; Welschinger, Nicolas (2015): Digital and Social Inequalities: A Qualitative Assessment of the Impact of the Connecting Equality Program on Argentinean Youth, in: *The Electronic Journal of Information Systems in Developing Countries*, 69, 1–20.

- Bianchi, Eduardo; Szpak, Carolina (2017): *Soybean prices, economic growth and poverty in Argentina and Brazil*, Rome: FAO.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2021): *Das pandemische Manifest. Neun Schritte in eine zukunftsfähige Gesellschaft*, München: oekom.
- CEPAL (2021a): *Las personas afrodescendientes y el COVID-19: develando desigualdades estructurales en América Latina*, Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2021b): *Panorama Social de América Latina 2020*, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe.
- CEPAL (2021c): *Estudio Económico de América Latina y el caribe: Dinámica laboral y políticas de empleo para una recuperación sostenible e inclusiva más allá de la crisis del Covid-19*, Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2020): *La educación en tiempos de la pandemia de Covid-19*, Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL; UNESCO (2020): *Education in the times of Covid-19*, Santiago de Chile: CEPAL.
- Dietz, Kristina (2021): Rohstoffboom und Ausbeutung. Die drohende Ausweitung des Bergbaus zerstört Lebensgrundlagen, in: *OXI Wirtschaft anders denken* 4/21, 15–16.
- Dinarte, Lelys; Jaume, David; Medina-Cortina, Eduardo; Winkler, Hernan (2021): *Neither by Land nor by Sea: The Rise of Electronic Remittances during Covid-19*, [<https://devpolicy.org/Events/2021/Not-by-land-nor-by-sea-the-rise-of-formal-remittances-during-COVID-19-Dinarte-13Apr/full-paper-updated13Apr.pdf>], letzter Aufruf 15.10.2021.
- FAO; WFP (2020): *FAO-WFP early warning analysis of acute food insecurity hotspots: July 2020*, Rome: FAO and WFP.
- FIAN (2021): *Die COVID-Pandemie in Lateinamerika. Konsequenzen für das Recht auf gesunde Ernährung*, Köln: FIAN Deutschland e.V.
- Gras, Carla; Hernández, Valeria (2021): Global agri-food chains in times of COVID-19: The state, agribusiness, and agroecology in Argentina, in: *Journal of Agrarian Change*, 21, 629–637.
- Kaiser, Jürgen; Rehbein, Kristina (2021): Indebted countries worldwide, in: *Global Sovereign Debt Monitor* 2021, 8–17.
- Malacalza, Bernabé (2021): América del Sur: una perifería convulsionada, in: *Nueva Sociedad*, 295, 29–41.
- McKay, Ben (2017): Agrarian Extractivism in Bolivia, in: *World Development* 97, 199–211.
- Neidhöfer, Guido; Lustig, Nora; Tommasi, Mariano (2021): Intergenerational transmission of lockdown consequences: prognosis of the longer-run persistence of COVID-19 in Latin America. in: *The Journal of Economic Inequality*, 19, 571–598.
- OIT (2020a): *Impactos en el mercado de trabajo y los ingresos en América Latina y el Caribe*, Genf: ILO (OIT).
- OIT (2020b): *Panorama Laboral 2020. América Latina y el Caribe*, Genf: ILO (OIT).

- Peters, Stefan (2013): *Bildungsreformen und soziale Ungleichheiten in Lateinamerika: Kontinuität im Wandel in Venezuela und Uruguay*, Baden-Baden: Nomos.
- Rose, Gloria (2021): *Auswirkungen auf internationale Lieferketten*, in: gtai vom 28.01.2021, [<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/brasilien/auswirkungen-auf-internationale-lieferketten-238704#>], letzter Aufruf 18.10.2021.
- Suárez, Valeria Arias (2021): *Entrevista a candidata presidencial Frania Márquez: “La paz con hambre no se logra”*, in: publimetro vom 04.10.2021, [<https://www.publimetro.co/co/noticias/2021/10/04/entrevista-a-candidata-presidencial-francia-marquez-la-paz-con-hambre-no-se-logra.html>], letzter Aufruf 18.10.2021.
- The Lancet (2021): Covid-19 in Latin America – emergency and opportunity, in: *Lancet* 398, 10295.
- Wallace Rob (2016): *Big Farms Make Big Flu: Dispatches on Influenza, Agribusiness, and the Nature of Science*, New York: NYU Press.
- Wallace Rob (2020): *Dead Epidemiologists: On the Origins of Covid-19*, New York: Monthly Review Press.